

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische Adressen  
„Tageblatt“, Riesa.

**Amtsblatt**

Verlagsnummer  
Nr. 21

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 221.

Sonnabend, 21. September 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Postamtstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

die Verpflegstationen für unbemittelte Wanderer in Großenhain, Riesa und Radeburg betreffend.

Zufolge Beschlusses der Bezirksversammlung der königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain werden die in Großenhain, Riesa und Radeburg in den dortigen Herbergen zur Heimath auf Kosten des Bezirksverbandes Großenhain eingerichteten Naturalverpflegstationen für unbemittelte Reisende künftighin bereits am 1. Oktober eines jeden Jahres eröffnet und am 15. April wieder geschlossen werden.

Großenhain, den 16. September 1895.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Nr. 2838 E.

J. B. von Gruben, Rg.-Rath.

Mf.

Das unterzeichnete königliche Amtsgericht braucht für das bevorstehende Winterhalbjahr ungefähr 650 hl Tuxer Mittelbraunbier.

Die Lieferungsbedingungen sind an Kassenstelle der unterzeichneten Behörde einzusehen, woselbst versiegelte Preisofferten, welche auf drei Biersummschläge mit „Kohlenlieferung“ zu bezeichnen sind, bis 28. lauf. Mts. entgegengenommen werden.

Königliches Amtsgericht Riesa,

am 19. September 1895.

Seibner.

Dienstag, den 24. Septbr. 1895,

Vorm. 10 Uhr

kommen im Gute No. 4 in Voppitz 2 Brettwagen, 1 Kuh und ca. 80 Ctr. Stroh gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 17. Sept. 1895.

Der Ger.-Vollz. des Rgl. Amtsger.  
Eck. Eidam.

## Bekanntmachung.

Die Gemeindefinanzen auf den 3. Termin d. J. sind baldigst, längstens aber bis zum 30. dieses Monats bei Vermeidung zwangsweiser Beitreibung an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.

Riesa, am 14. September 1895.

Der Stadtrath.

Schwarzberg, Ebdtrh.

Dmlich.

Montag, den 23. d. Mts. findet auf dem Reitplatz der 1. Abtheilung die Haupt-Versteigerung der zur Ausmusterung gelangenden Dienstpferde des unterzeichneten Regiments statt.

Verkaufsbedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben.

Königliches 3. Feldartillerie-Regiment Nr. 32.

## Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Abends erscheinende

„Rieser Tageblatt und Anzeiger“

für das

### Vierte Quartal

werden von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, in unserer Expedition: Postamtstraße 59 bei Abholung hier selbst zum Preise von

1 Mark 25 Pf.

zahlbar pränumerando, angenommen; durch unsere Ansträger, die jederzeit Bestellungen annehmen, frei ins Haus geliefert ist der Preis 1 M. 50 Pf. durch die Post frei ins Haus 1 M. 65 Pf., (bei Abholung am Postschalter 1 M. 25 Pf.).

Anzeigen finden durch das „Rieser Tageblatt und Anzeiger“, die im Amtsbezirk bei Weitem verbreitetste und gelesenste Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Riesa,

Die Geschäftsstelle.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Die Reise des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, Grafen von Posadowsky-Wehner, nach Süddeutschland vor einigen Wochen hat, wie der „Post“ mitgeteilt wird, mit der Frage der Tabakbesteuerung in engem Zusammenhang gestanden. Die Regierung ist von der Notwendigkeit einer Reform auf diesem Gebiete als der Grundlage für eine Reichsfinanzreform fest überzeugt. Die Besprechungen, die Graf v. Posadowsky mit den Ministern der süddeutschen Bundesstaaten gepflogen hat, sind für die Angelegenheit insofern von sehr großer Bedeutung gewesen, als sich der Staatssekretär davon überzeugt hat, daß er auf eine zustimmende Haltung in Süddeutschland rechnen kann, wenn er den Forderungen der dortigen Interessenten bis zu einem gewissen Grade entgegenkommt. Wie das Blatt hört, hat man ins Auge gefaßt, eine Fabriksteuer für die billigeren Cigarettenforten (etwa bis zu 6 Pfennig) nicht zu fordern und den dadurch zu erwartenden Ausfall von etwa acht bis zehn Millionen durch eine entsprechend höhere Besteuerung der importierten Tabake wieder einzubringen. Ein Gesetzentwurf in diesem Sinne wird bereits im Reichsschatzamt ausgearbeitet. Dagegen theilen die „Berl. Polit. Nachr.“ Folgendes mit: „Wenn gegenwärtig in einigen Blättern Meldungen erscheinen, nach denen angenommen werden müßte, daß der Reichstag in seiner kommenden Tagung auch mit von den verbündeten Regierungen vorgelegten Steuerentwürfen beschäftigt werden würde, so beruhen diese Meldungen auf Vermuthungen. Steuervorlagen dürften für den Reichstag nicht vorbereitet

sein und soviel wir hören, liegt überhaupt nicht die Absicht vor, in der nächsten Tagung mit solchen an den Reichstag heranzutreten.“ Wer hat nun recht?

Der „Reichsanzeiger“ theilt anlässlich der planmäßigen Berührung der sozialdemokratischen Presse folgenden Vorgang mit:

Der „Landbote“, Beilage zu Nr. 170 der in Rugeburg erscheinenden „Volksstimme“ vom 24. Juli 1895, brachte einen Artikel über die „Scharfschützen des Militärs während der Erntezeit“. Darin wird ausgeführt: Das Kreisamt Witten habe eine Bekanntmachung erlassen, die „kurz und bündig mittheilt“, daß in dem Gelände von vier Aemtern vom 23. bis 27. Juli, jedesmal von 7 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags Schießübungen mit scharfen Patronen abgehalten würden; das betreffende Gelände würde abgeperrt für jeden Verkehr und das Betreten bestrafte. „Nun mögen sich“ — so heißt es wörtlich weiter — „die Landleute 5 Tage auf die faule Haut legen zu einer Zeit, wo ihnen jede Minute kostbar ist. Dem Bauernstand werden auf diese Weise die Segnungen des Militarismus in einer Weise beigebracht, die ihnen allerdings große Verluste bringt, können aber auch für immer die Augen öffnen.“ Nach dieser Darstellung sollte man annehmen, daß die „kurze und bündige“ Bekanntmachung des Kreisamts Witten den Bewohnern der beteiligten Aemter ganz unerwartet gekommen wäre und daß sie aus Anlaß der Schießübungen Verluste erlitten hätten. Eingehende amtliche Feststellungen ergeben das gerade Gegenteil. Mit den beteiligten Gemeindefinanzstellen war seitens des betreffenden Infanterie-Regiments lange, bevor die Bekanntmachung erschien, mündlich und schriftlich verhandelt worden; sie hatten sich nämlich mit der Abhaltung des Schießens vorher einverstanden erklärt. Da am 23. Juli, dem denkwürdigen Beginn des Schießens, die Aemter g. der „eider noch nicht genügend vorgeschritten war, wurde die Uebung auf die Zeit vom 3. Juli bis 3. August verschoben. In diesen Tagen war das abgeperrte Gelände zum größten Theil abgeerntet; der verunsicherte Flurkaden ist so, wie er von den Betreffenden selbst angemeldet war, ohne Abzug bezahlt worden. Die Besitzer haben, nachdem während des Schießens schlechtes Wetter eingetreten war, auf Befragen geäußert, daß sie sehr froh seien, die Frucht schon jetzt ernten zu können, da sie sonst, wenn sie länger draußen gelassen hätten, erheblichen Nachtheil gehabt haben würden. Das Verhältnis zwischen Landbevölkerung und dem Regiment ist sowohl während der Vorverhandlungen, als auch während der Uebung selbst und nachher in jeder Beziehung ein gutes gewesen. Hiernach jähren wir noch den Anfangsatz des Artikels aus dem „Landboten“. Derselbe lautet: „Der Militarismus greift mit rücksichtsloser Hand in das Erwerbsleben der Volkstheile ein.“

Fürst Bismarck hat den Grafen Waldersee durch ein Hand schreiben zu seiner Ernennung zum Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls beglückwünscht. Unter den zahlreichen Gratulanten befinden sich auch der König von Italien, sowie die italienischen Generale Cosens, Primercano und Rocenni.

Während früher vom Hofmarschallamt wiederholt bekannt gegeben wurde, daß man dem Kaiser die Würde als Schützenkönig nicht anbieten solle, da von Allerhöchster Stelle jedes derartige Gesuch abgewiesen würde, sind die Vermuthungen der Schützen gilde zu Kalbe a. S. dennoch von Erfolg gekrönt worden. Der Vorstand der Gilde hat aus dem kaiserlichen Stillschreiben folgende Schreiben erhalten: „Se. Majestät der Kaiser und Königin haben auf die telegraphische Anzeige vom 22. August Allerhöchst sich gern zu entschließen geruht, die danach bei dem 50-jährigen Jubel auf Allerhöchst denselben gefallene Schützenkönigswürde der dortigen Schützen gilde für das laufende Jahr anzunehmen.“

Der Parteirath des deutsch-conservativen Wahlverbandes in Berlin beschloß in einer Versammlung am 19. September, eine Erklärung abzugeben, in welcher die volle Anerkennung und Zustimmung dem Hofprediger a. D. Stöcker für seinen gegenwärtig wie früher gegen die „verderblichen Mittelparteien“ geführten Kampf ausgesprochen wird. Der Parteirath will ferner auch in dem Stöcker zugeschriebenen Briefe vom Jahre 1888 nicht die Absicht, Kaiser und Reichsanstalt von einander zu trennen, erkennen.

An das Auswärtige Amt hat der Ausschuss der deutschen Missionen eine Eingabe gerichtet, welche sich gegen die Anstellung von muhamedanischen Religionslehrern an deutschen Regierungsschulen erklärt. In der Eingabe heißt es, der „Allg. Missions-Zeitschr.“ zufolge, es sei zur Kenntniß des oben erwähnten Ausschusses gebracht worden, daß im Colonialrath ernstlich die Frage in Erwägung gezogen worden, an den in Aussicht genommenen drei deutschen Regierungsschulen in Deutsch-Ostafrika offiziell muhamedanische Religionslehrer anzustellen, welche von der deutschen Colonialregierung bestellt werden sollen. Aus religiösen und colonialpolitischen Gründen lege der Ausschuss entschieden Protest dagegen ein.

Der „Schles. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: Eine werthvolle Enquete hat der Bund der Landwirthe in den letzten Tagen veranstaltet, indem er durch seine Vertrauensmänner und die sonstigen ihm zur Verfügung stehenden Organe durch Einlauf von Brod in möglichst vielen Bäckereien die Brodpreise in den einzelnen Orten hat feststellen lassen. Gleichzeitig sind auch die Getreidemotivierungen der einzelnen Orte ermittelt worden. Diese Getreidepreis- und Brodpreis-Statistik wird demnächst im Bureau des Bundes der Landwirthe bearbeitet werden und zur Grundlage für die vom Bunde im Interesse der Hebung der heimischen Landwirtschaft weiter zu machenden Vorschläge genommen werden.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wollen in der Lage sein, folgende „authentische Mittheilung“ zu machen: „Allen Ablehnungen zum Trotz ist auf die Initiative höheren Ortes hin eine gesetzgeberische Aktion gegen die Umsturzpartei und deren Bestrebungen für nahe bevorstehend zu halten, weil sie eine schreiende Nothwendigkeit sei.“ Der Reichsanstalt ist entschieden gegen ein Ausnahmengesetz; er will nur eine schärfere Beobachtung der Socialdemokraten an der Hand der bestehenden Gesetze. Bis jetzt ist die Stellung des Reichsanstalts unerschüttert. Unter den obwaltenden Verhältnissen dürfte jedoch ein Konfliktunausbleiblich sein.“ Dagegen wird dem „Hamb. Korresp.“ aus Berlin, 18. September, geschrieben: „Zwischen den maßgebenden Stellen besteht ein Einverständnis darüber, daß eine neue Socialisten-vorlage dem Reichstage nicht gemacht wird. Krisengeräthe sind demnach gegenstandslos.“ Nach alledem ist zu vermuthen, daß in der Sache überhaupt noch nichts beschlossen ist.

Die „N. A. Ztg.“ giebt Ausführungen der „Nat.-lib. Corresp.“ wieder, in welchen unter Zurückweisung der Verunglimpfung der Gemüthsheit der Conservativen aus Anlaß des Falles von Hammerstein betont wird, daß man von national-liberaler Seite im Interesse der Wiedergewinnung der inneren Verhältnisse des Reiches immer gewünscht habe, da;